

Christenverfolgung?

Kurzreferat beim Runden Tisch Evangelisation am 21.06.2016

Gerold Vorländer
Berliner Stadtmission

Wie ergeht es eigentlich christlichen Flüchtlingen in Massenunterkünften und Flüchtlingsheimen, wo sie erneut – wie z.T. schon in ihrem Heimatland – in der Minderheit sind mitten unter Muslimen?

Das Thema schwelte schon einige Zeit, wurde mal von Volker Kauder angesprochen, mal von Open Doors, der Organisation „im Dienst der verfolgten Christen weltweit“. Kurz nachdem die AfD im Mai 2016 auf ihrem Bundesparteitag ihre ablehnende Position zum Islam in Deutschland formulierte und damit das Konzept positiver Religionsfreiheit im Deutschen Grundgesetz indirekt in Frage stellte, löste ein FaZ-Artikel Wellen der Empörung aus: Unter der Überschrift „Verkehrte Flüchtlingspolitik - Schaut endlich auf die Christen!“ wurde behauptet: „Orientalische Christen werden hierzulande bedroht und verletzt – zum Teil von jenen muslimischen Peinigern, vor denen sie nach Deutschland geflohen sind. Wie viele Übergriffe braucht es noch für ein besseres Krisenmanagement [sic!]?“ (Regina Mönch, FaZ – Feuilleton 10.5.2016) In der gleichen Woche gab es bereits Gegendarstellungen u.a. in der FAZ und der Frankfurter Sonntagszeitung, die die Untersuchungsbasis von Open Doors in Frage stellte, wogegen sich wiederum diese Organisation wehrte.

Was ist dran an diesen Vorwürfen? Genauer, was ist davon berechtigt – und was führt in die falsche Richtung? Das waren Fragen, mit denen wir uns natürlich intensiv befasst haben. Und bei denen sich der Anfangseindruck für uns leider bestätigte, dass hier eine Art Scharfmacherei mit Schuldzuweisungen betrieben wurde, die der wirklichen Situation überhaupt nicht gerecht wurde, vor allem weil sie auf einer extrem selektiven Problemanalyse beruhte und deshalb zum Teil zu ganz falschen Konsequenzen führte. In dieser Diskussion zeigen sich beispielhaft die unterschiedlichen Umgangsweisen mit auftretenden Konflikten in der Flüchtlingsarbeit. Und deshalb soll hier exemplarisch der Frage nach Christenverfolgung in Flüchtlingseinrichtungen nachgegangen werden.

1. In der Vergangenheit haben die westlichen Kirchen leider das Thema der weltweiten Christenverfolgung nicht besonders ernst genommen. Das gab Anlass zu erheblichen Zweifeln an der Angemessenheit ihrer Position ("Beschönigung"). Und es ist sicher ein Verdienst von Open Doors, mit dafür zu sorgen, dass die Problematik überhaupt ins Bewusstsein rückte. Inzwischen haben sowohl die Landeskirche (bzw. das Berliner Missionswerk) als auch die EKD intensiv mit dem Thema der bedrohten Christen befasst und war zu Antworten gekommen, die allerdings nicht Öl ins Feuer gießen, sondern zur Deeskalation beitragen. Und so ist der Verdacht der Beschönigung hängen geblieben. Pauschale Schuldzuweisungen sind einfacher zu verteilen, als differenzierte Problembeschreibungen und Lösungsansätze.

2. Die Überforderung der Behörden und Träger von Unterkünften ist in der Tat groß. So hat es z.B. für unsere Notunterkunft in Spandau mit 100 Plätzen ein halbes Jahr gebraucht, bis die zuständigen Berliner Stellen endlich die Mindestanforderungen an die Unterbringung (Familien-Kabinen, ausreichend Sanitäranlagen, Pädagogische Räume usw.) eingebaut hatten. Dementsprechend mussten wir auch unter schwierigsten Bedingungen arbeiten. Das bedeutet: Für Flüchtlinge, die schon am Ende mit ihren Kräften von der Flucht sind, steigt

durch solche Situationen der Stress nochmal erheblich. Und das Konfliktpotential wächst parallel dazu.

Allerdings wurde und wird permanent auf allen Ebenen an Verbesserungen gearbeitet. Leider suggerieren Formulierungen wie "es musste erst das und das geschehen..." hier ein falsches Bild, als sei erst durch die Entlarfung von Katastrophen etwas geschehen. Eher ist es so, dass das (vorläufige) Ende der „Flüchtlingswelle“ durch die Schließung der Balkanroute den Behörden und Trägern zumindest in Berlin eine Verschnaufpause verschafft hat, um etwas geordneter die bestehenden Probleme wahrzunehmen und zu lösen.

3. Unsere Erfahrung zeigt ganz deutlich (und das stimmt überein mit denen der anderen in einem Verbund zusammengeschlossenen Betreibern in Berlin sowie von Diakonie und Caritas bundesweit), dass dramatische Berichterstattung gerade nicht zur Problemlösung beiträgt, sondern im Gegenteil: Das Misstrauen befördert - und falschen Reflexen Rückenwind gibt.

4. Die selektive Problemanalyse beruht darauf, dass Open Doors nur eine anonyme Beschwerde-Plattform eingerichtet hat, deren Nennungen nur zum Teil überprüfbar sind. Dass Betroffene, die man identifizieren kann, größtenteils auf eine Anzeige verzichten, stimmt zwar, hat aber z.T. ganz andere Gründe, als in dem Artikel behauptet wird – zum Beispiel der bewusst christliche Verzicht darauf, Mitflüchtlinge vor Gericht zu bringen. Vor allem aber fehlt völlig der Bezug zu den Erfahrungen, wo das Miteinander trotz stressigster Bedingungen friedlich bleibt (Deutsche würden unter solchen Bedingungen wahrscheinlich ganz anders übereinander herfallen).

Vor allem ist dabei ausgeblendet, dass die Konfliktlinien in den Heimen kreuz und quer gehen: Zwischen Arabern und Persern, Sunniten und Schiiten, Afrikanern und Nah-ostlern, Gebildeten und weniger Gebildeten usw.. Auch die unterschiedlichen Bleibeperspektiven führen zu erheblichen Spannungen. Und bei der Schwarz-weiß-Darstellung wird übersehen, dass die orthodoxen Christen in Syrien bzw. in Aleppo von Assad Privilegien erhalten haben, wofür sie logischerweise nicht undankbar waren. Im Grunde wurden sie aber von Assad instrumentalisiert. Nun begegnen Flüchtlinge der syrischen Opposition also hier in Deutschland anderen syrischen Flüchtlingen, die tendenziell auf der Seite des Assadregimes standen, in diesem Fall Christen. Trotzdem ist der eigentliche Konflikt primär ein politischer. Bei genauem Hinschauen stellt man immer wieder fest, dass in aller Regel religiöse, ethnische und sonstige Konfliktursachen vermischt sind und sich dann an der einen oder anderen Stelle entladen.

Wenn man sich klar macht, mit was für Vorerfahrungen aus der Heimat und aus der Flucht die Menschen hier ankommen, ist es faszinierend zu erleben, wie friedlich und geduldig die Allermeisten sind. Zu behaupten "In den Lagern herrscht ein Klima der Panik und der Angst" ist so nicht haltbar, vor allem nicht, weil es suggeriert, das sei Schuld „jener muslimischen Peiniger“.

Wir hatten eine christliche syrische Familie in einer Notunterkunft, die sich von Mitbewohnern gemobbt fühlten. Diese Familie konnten wir nach ein paar Wochen in ein anderes unserer Häuser verlegen. Dort stellte sich dann allerdings heraus, dass sie in der neuen Hackordnung plötzlich eine ziemlich unrühmliche Rolle spielten.

5. Auch der permanente Vorwurf, dass „die Behörden nicht einschreiten“ ist in zweierlei Hinsicht alles andere als hilfreich:

a) Es ist zunächst Aufgabe der Betreiber, für Frieden zu sorgen. Wenn da permanent die Polizei auftaucht, ist nichts gewonnen, sondern erhöht den Stress nur. Polizei - das sind ja

die Gleichen, die in der Nacht kommen und Abschiebungen vollziehen. Wo Betreiber das allerdings nicht lösen können und es zu strafbarer Gewalt kommt, ist selbstverständlich die Polizei einzuschalten, was auch immer wieder geschehen ist.

b) Die Forderung, die *Behörden* sollten einschreiten, spiegelt ein Lösungskonzept, das auf Bestrafung setzt, statt auf Verständigung und Integration. Denn dass man als ethnisch und religiös Unterschiedliche friedlich miteinander leben kann, kennen die allerwenigsten von zu Hause und müssen das hier erst mal lernen. *Hier* liegt eine ganz zentrale Aufgabe schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Und genau hier ist der große Schwachpunkt in den meisten Einrichtungen und seitens der Behörden bzw. des Gesetzgebers. Integrationskurse starten viel zu spät, nämlich mit einem geklärten Aufenthaltstitel und das heißt, nach etlichen Monaten. *Asylbewerber* nur aus vier Ländern (Eritrea, Irak, Iran oder Syrien) haben vorher Anspruch darauf. Aber sehr hilfreich und wichtig ist das neue Kurskonzept vom BAMF und Bayerischem Staatsministerium "Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber", das allerdings noch nicht flächendeckend und intensiv genug durchgeführt wird.

Wie wir in dem Bericht „Begegnungen mit dem Grundgesetz“ erzählt haben, bekommen in unseren Einrichtungen die Flüchtlinge schon in den ersten Wochen Kurse zum Grundgesetz, zu Religionsfreiheit usw.. Und in vielen Gesprächen wird vermittelt, wie wichtig es ist, *miteinander* den Frieden zu suchen. In unserem großen Heim in Spandau hat die pädagogische Leitung einen "Council of the men of peace" („Rat von Friedensmännern“, also von Flüchtlingen, die Überblick und Einfluss haben) gegründet, in dem alle Belange des Miteinanders besprochen und geklärt werden (vgl. Massenschlägerei). Nur in dieser Richtung kann eine langfristige Lösung liegen. Mit einer von vorneherein getrennten Unterbringung würden wir selbst die Parallelgesellschaften herstellen, die viele so fürchten. Und: Solche Segregation wäre für respektvolles missionarisches Christuszeugnis ein großer Nachteil.

6. *Securities* sind in häufig nur kurz ausgebildete Menschen, die zudem keinerlei Deeskalationstraining haben. Wenn man sie alleine machen lässt, ihnen z.B. das Hausrecht überträgt, führt das häufig nicht zu guten Lösungen.

Auch hier sind also die Träger gefragt, ihre Einrichtung so zu führen, wie gerade beschrieben. Die Behörden sind allerdings insofern gefordert, als mehr Personalstellen für Erwachsenenpädagogik und Deeskalationsschulung bewilligt werden müssten.

7. Übergriffe auf Christen geschehen leider, wie eben auch andere Übergriffe. Trotzdem handelt es sich bei den bis Mai 2016 nachgewiesenen ca. 250 Fällen (bei ca. 50.000 Flüchtlingen) in Berlin immer noch um Einzelfälle, die selbstverständlich sehr ernst genommen werden müssen und ernst genommen werden.

Das heißt, im konkreten Fall sind Maßnahmen zu treffen, durch die bedrohte Flüchtlinge geschützt werden. Das kann bedeuten, die Bedrohten zu verlegen in sichere Einrichtungen. Oder aber aggressiv handelnden Hausverbot zu erteilen und so der Verlegung herbei zu führen.

Aber zu suggerieren, es handle sich um eine „systematische Christenverfolgung“ ist absurd. Diese Formulierung aus der Presse findet sich zwar nicht im Bericht von Open doors. Aber auch den Begriff „Christenverfolgung“ in unserem Kontext zu verwenden, verhöhnt die Christen, die in manchen muslimischen oder kommunistischen Ländern einer permanenten Verfolgung durch Staat oder Gesellschaft ausgesetzt sind.

Zusammenfassend: Leider ist es so, dass in der aktuellen schwierigen Flüchtlingssituation Christen bedrängt werden, z.T. ernsthaft - wie es leider auch bei vielen anderen Personen aus anderen Gründen und Konfliktkonstellationen geschieht. Das also auf den einzigen Nenner „Christenverfolgung“ zu bringen, geht an der Gesamtproblematik vorbei, blendet zu viele Faktoren aus und kann so kaum zur Lösung der Konflikte beitragen.

Die Aufgabe von Christen kann aber doch nur sein, versöhnend einzuwirken, alle Energie in Integration - und das heißt auch positive Religionsfreiheit - zu stecken, in konkreten Fällen möglichst gute Lösungen für Betroffene anzustreben und natürlich um Weisheit und Kraft zum Frieden zu beten. - Aber nicht einzusteigen in den immer aggressiver werdenden Diskussionsstil von Schuldzuweisungen auf dem Boden von Halbwahrheiten.